

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/49

Bonn, den 11. März 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Unruhe in Ost und West 72

Die Rebellion der Nachkriegsgeneration
Von Günter Markscheffel

2 - 4 N Ü R N B E R G 133

Rückblick auf die SPD-Parteitage in der Fränkischen Metropole

Von Paul Mayer,
Direktor der Bibliothek im Erich-Ollenhauer-Haus

5 - 6 G O N G - S c h l ä g e in Paris 52

Ein bemerkenswerter Hochverratsprozeß
Jean Paul Sartre als Entlastungszeuge

Von Georg Scheuer, Paris

6 Wie lange noch Novotny ? 30

Zur jüngsten Entwicklung in der Tschechoslowakei

ANHANG

1 - 2 Ein Bildungsplan für das Buch 34

Der Dialog von Goslar zwischen christlichen und sozialistischen
Buchschaaffenden führt in die gemeinsame Aktion

Von Wolfgang Tschechne

Unruhe in Ost und West

Die Rebellion der Nachkriegsgeneration

Von Günter Markscheffel

Ob in Washington oder Warschau, in Berlin, Prag oder Bonn, in Rom, London, Madrid oder Moskau - überall ist die junge Generation unruhig geworden. Bürger in allen Teilen der Welt fragen sich erschreckt, was denn eigentlich los sei. Wenn wir "Bürger" sagen, meinen wir alle jene, die sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges daran gewöhnt haben, die ihnen gegebene oder von ihnen geschaffene Ordnung für unabänderlich zu halten; ganz gleich, in welchem Staats- oder Gesellschaftssystem.

An der Spitze des Aufstandes der jungen Generation stehen überall Studenten. Wenn auch die Stoßrichtung ihrer Proteste unterschiedliche Ziele haben mag und selbstverständlich auch unterschiedliche Ausgangspositionen - sie alle wollen Bestehendes verändern, sie alle meinen, daß ihr bisheriges Drängen in Richtung auf eine neue Gesellschafts- und Staatsform nicht aufrüttelnd genug war, um überhaupt etwas in Bewegung zu bringen. Insofern unterscheiden sich die Studenten von Warschau und Washington, Berlin, Rom, Madrid und Prag kaum voneinander.

Bisher ist noch nicht erkennbar, ob zwischen Studenten und jungen Arbeitern so etwas Ähnliches wie ein gesellschaftspolitisches Bündnis besteht. In den kommunistisch regierten Staaten scheint sich der Unwille junger Akademiker mit der Unzufriedenheit junger Arbeiter zu finden. Sie alle wollen mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung.

In den demokratisch regierten Staaten - so z.B. auch in der Bundesrepublik - zeigen sich nur sehr vereinzelte Ansätze zu einem Bündnis von Studenten und jungen Arbeitern. Ein von der IG-Metall in Köln anlässlich der Einführung von Kurzarbeit bei den Ford-Werken gestarteter Versuch, diese Verbindung herzustellen, gibt noch keine Antwort auf diese Frage.

Zwei entscheidende Merkmale haben die Protestaktionen der jungen Generation in Ost und West jedoch gemeinsam. Sie richten sich gegen die "etablierte Gesellschaft" und sie haben zum unmittelbaren Ziel die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes bei der Gestaltung aller öffentlichen Angelegenheiten.

Fragt man sich, warum die Protestwelle erst jetzt die Fundamente der "etablierten Gesellschaft" umbrandet, so erscheint die Antwort relativ einfach. Die jungen Menschen, die jetzt überall demonstrieren, sind entweder während der letzten Kriegsjahre oder un-

mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden. Sie wachsen also in eine Gesellschaftsordnung hinein, die sie als Fremde empfinden mußten. Theoretisch gab man ihnen zwar Gelegenheit, diese Gesellschaftsordnung mitzuformen; in der Praxis jedoch glauben sie, feststellen zu müssen, daß die zum Teil aus den Zeiten des Zusammenbruchs hinübergeretteten Rudimente einer früheren Gesellschaftsordnung keine Antwort mehr auf die Probleme von heute und morgen geben können.

In diesen jungen Menschen steigt auch der Widerwille gegen die Verlogenheit tönender Worte, mit denen man Bruchstellen des "Establishment" zu überkleistern versucht. Ob im Osten oder in Westen - die jungen Menschen vergleichen Postulate in Sonntagsreden mit der rauhen Wirklichkeit. Sie finden nur selten eine Brücke zwischen diesen beiden Polen und sie werden besonders dann rebellisch, wenn jemand z. B. von Demokratie oder Sozialismus redet, der selbst erst Demokrat oder Sozialist wurde, als die Siegermächte keine andere Staats- und Gesellschaftsform mehr zuließen.

Junge Menschen können noch nicht begreifen, daß aus einem Saulus auch ein Paulus werden kann. Und wer sich so benimmt, als sei zum Beispiel der Wirtschaftsaufschwung eines Landes das Verdienst eines Regierungschefs oder einer Partei, während es doch in Wirklichkeit das Ergebnis des Fleißes und der Tatkraft von Millionen Menschen ist, der hat bei ihnen schon verspielt.

In den kommunistisch regierten Staaten steht die etablierte Führungsspitze vor dieser Entwicklung genauso hilflos wie in den demokratisch regierten Staaten. Ein Teil der Führungsschichten meint, man müsse die Polizei noch stärker gegen die Demonstranten einsetzen als bisher. Ein anderer Teil meint, man müsse permanent mit der jungen Generation diskutieren, und wieder ein anderer Teil glaubt, man könne verstärkten Polizeieinsatz und Diskussion miteinander verbinden.

Auch auf diese Frage weiß man noch nirgendwo eine schlüssige Antwort. Nur eines dürfte klar sein: weder im Westen noch im Osten hat die "etablierte Gesellschaft" bisher wirklich sinnvolle Ansätze zur Überbrückung des so explosiv gewordenen Gegensatzes unter den Generationen gefunden.

Wer sich jedoch einbildet, er könne dieses vor uns stehende Problem dadurch lösen, daß er bei uns rebellisch gewordene Studenten beschimpft, den jungen Akademikern in Prag und in Warschau jedoch ein lautes "Immer feste druff!" zuruft, hat nicht begriffen, was zur Zeit in der ganzen Welt vor sich geht.

N Ü R N B E R G

Rückblick auf die SPD-Parteitage in der Fränkischen Metropole

Von Paul Mayer

Direktor der Bibliothek im Erich-Ollenhauer-Haus

1868 - Vereinstag des Verbandes der deutschen Arbeitervereine

Mit der Wahl Nürnbergs zum Tagungsort ihres 13. ordentlichen Nachkriegsparteitages gedenkt die SPD eines parteihistorisch bedeutsamen Ereignisses, das die traditionsbewußte fränkische Metropole vor 100 Jahren in ihren Mauern sah. Es war der 5. Vereinstag des "Verbandes der Deutschen Arbeitervereine", der den Grundstein legte zum Aufbau einer selbständigen sozialdemokratischen Partei. Allerdings gab es zu jener Zeit bereits eine selbständige Arbeiterpartei, den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", den Lassalle 1863 in Leipzig gegründet hatte.

Der Gedanke liegt nahe, daß man sich hätte damit begnügen können, den Anschluß an diesen zu vollziehen, um den sozialen Interessen der Arbeiter eine angemessene Vertretung zu sichern. Doch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in nationalpolitischen Fragen schieden damals die Geister. Während die Lassalleaner einen deutschen Staatenbund unter preußischer Führung wünschten, erstrebte die andere sozialdemokratische Richtung in Anlehnung an die Forderungen der 48-er Revolution den großdeutschen demokratischen Einheitsstaat. Davon abgesehen, war das Klassenbewußtsein der Arbeiter noch kaum entwickelt, die gewerblichen Arbeiterbildungs- und Genossenschaftsvereine segelten im Schlepptau der bürgerlichen "Fortschrittspartei".

Um ein Gegengewicht gegen die Leipziger Parteigründung zu bilden, hatte die Fortschrittspartei die ihr anhängigen Arbeitervereine im "Verband der Deutschen Arbeitervereine" zusammengeschlossen. Im Verbandsvorstand saß jedoch August B e b e l, der sich inzwischen vom bürgerlichen Demokraten zum Sozialisten entwickelt hatte und unbeirrt das Ziel anstrebte, den Verband zum Kristallisationspunkt einer eigenen Arbeiterpartei zu machen.

Der Vereinstag von 1868, der im Nürnberger Rathaus tagte, brachte die Loslösung der Arbeitervereine von der bürgerlichen Vorherrschaft. Der Verband gab sich ein politisches Programm, worin er die Abschaffung der Klassenherrschaft forderte und die politische Freiheit als unerläßliche Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage. Er bekundete damit seine Übereinstimmung mit den Bestrebungen der 1864 von Karl M a r x gegründeten Arbeiter-Internationale, der er als korporatives Mitglied beitrug.

Das alles ging nicht glatt über die Bühne, vielmehr war das Programm heftig unstritten. Die bürgerlichen Vertreter protestierten gegen den Mehrheitsbeschluß und zogen aus. Damit waren die Weichen gestellt. Zwar wurde der Verband zunächst noch formell aufrechterhalten, aber aus der Mehrheit des Nürnberger Vereinstags ging im darauffolgenden Jahr auf dem Eisenacher Kongreß die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands" hervor. Die "Eisenacher", wie sie genannt wurden, standen in erbitterter Fehde mit den Lassalleanern, die vergeblich versucht hatten, die Gründung der konkurrierenden Partei zu verhindern. Dabei

waren die sachlichen Gegensätze zwischen beiden gar nicht so groß, es gab viele Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte.

Auch die Lassalleaner erklärten ihre Übereinstimmung mit den Bestrebungen der Internationale; auch sie waren behördlichen Verfolgungen und polizeilichen Schikanen ausgesetzt, und der deutsch-französische Krieg einigte alle Sozialdemokraten zum Protest gegen die Bismarck'sche Blut- und Eisenpolitik, womit die beiden Fraktionen auch in der deutschen Frage einen gemeinsamen Aktionsboden gefunden hatten. Der Hader dauerte allerdings noch einige Jahre an, ehe sich die beiden Zweige der Arbeiterbewegung 1875 in Gotha zu einem kräftigen Stamm vereinigen konnten.

1908 - Jubiläums-Parteitag

40 Jahre vergingen, ehe in Nürnberg wieder ein sozialdemokratischer Parteitag zusammentrat. Er war als "Jubiläums-Parteitag" gedacht und wurde dementsprechend festlich begangen. Die beiden Vorsitzenden des Vereinstages von 1868, August Bebel und Gabriel Löwenstein waren zugegen, beide wurden stürmisch begrüßt. An seinen Beratungen und Beschlüssen gemessen, war dieser Parteitag kein überragendes Ereignis. Zwei volle Tage lang diskutierte man leidenschaftlich über der Budgetbewilligung in den Einzelstaaten, an der sich schon auf früheren Parteitagen die Gemüter erhitzt hatten. Die Mehrheit hatte sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß eine Zustimmung zum Landesetat ein Entgegenkommen gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung darstelle und daher zu verwerfen sei.

Als 1908 die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Bayern, Baden und Württemberg erneut gegen dieses Prinzip verstießen, wurden sie in Nürnberg in den Anklagezustand versetzt. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd beherrschte die Debatte, die 120 Seiten des Protokolls füllte. Eine Vorstandresolution, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, forderte in Übereinstimmung mit früheren Parteitagebeschlüssen, daß jeder gegnerischen Regierung in der Schlußabstimmung das Budget zu verweigern sei, sofern das nicht die Annahme eines für die Arbeiterschaft ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Dessen ungeachtet blieben die süddeutschen Delegierten bei der Auffassung, daß es sich hier um eine taktische Frage handle, die von der Theorie abzusondern sei, und behielten die Entscheidung über den jeweiligen Landeshaushalt ihrem pflichtgemäßen Ermessen vor. Von einem Parteitageausschluß der Disziplinbrecher, wie er auf früheren Parteitagen angedroht worden war, war in Nürnberg nicht die Rede.

1922 - Überwindung der Parteispaltung von 1917

Der nächste Nürnberger Parteitag, der im September 1922 im Herkules-Velodrom tagte, nimmt ebenfalls in den Annalen der deutschen Sozialdemokratie einen besonderen Rang ein, denn er brachte das Ende der Parteispaltung von 1917, die eine Folge des Streits um die Bewilligung der Kriegskredite gewesen war. Allerdings war es nur der gemäßigte Flügel der USPD, der sich zur Rückkehr in den Schoß der Mutterpartei bereit fand. Er hatte sich 1920 auf dem USPD-Parteitag in Halle abge-

spalten, als eine Mehrheit der Delegierten die Koskauer Bedingung angenommen hatte, die USPD aufzulösen und deren Mitglieder in die kommunistische Partei überzuführen. Demokratisch gesinnte Parteiführer der Unabhängigen wie Hilferding, Dittmann und Crispien vollzogen daraufhin eine allmähliche Annäherung an die alte Partei, die 1922 zu einer Interessengemeinschaft führte.

Nachdem getrennte Parteitage in Gera und Augsburg die Wiedervereinigung der beiden Parteien gutgeheißen hatten, wurde diese auf dem gemeinsamen Nürnberger Parteitag besiegelt. Die Anwesenheit einer Reihe von Parteiveteranen, die 1875 in Gotha an der Einigung zwischen Eisenachern und Lassaleanern mitgewirkt hatten, gab dem geschichtlichen Tag seine besondere Weihe.

1947 - Zweiter SPD-Parteitag nach der Hitlerdiktatur

Der nächste und letzte Nürnberger Parteitag fand 25 Jahre später statt. Er war der zweite nach der Hitlerdiktatur und dem Wiedererstehen der sozialdemokratischen Partei unter der Führung von Kurt Schumacher.

In der Zwischenzeit war Nürnberg die Stadt der nationalsozialistischen Reichsparteitage gewesen. Hier hatte Hitler seine pompösen Paraden und Aufmärsche veranstaltet, mit denen er das deutsche Volk und die Welt hatte düpieren und einschüchtern wollen. Das Ergebnis seiner 12-jährigen Herrschaft lag offen vor aller Augen. Deutschland war in eine Trümmerstätte verwandelt, und vor den Ruinen der Stadt Nürnberg, die einst das Schatzkästlein des deutschen Volkes geheißen hatte, spielte mit den Kriegsverbrecherprozessen die makabre Schlusszene der Tragödie vom 1.000-jährigen Reich.

Der sozialdemokratische Parteitag von 1947 war ein Symbol des neuen Lebens, das aus den Ruinen emporzusprossen begann. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörte es, Mittel und Wege zu suchen, um die Not des Alltags zu bannen, Pläne für den Aufbau eines demokratischen Staates zu erarbeiten und den deutschen Volk und der deutschen Sozialdemokratie das Vertrauen der Welt zu gewinnen. Die Beratungen und Beschlüsse waren zum meist von den drängenden Erfordernissen des Augenblicks bestimmt, aber einige haben bis heute ihre Aktualität behalten; beispielsweise eine Auseinandersetzung um die Frage des Wahlsystems. Schon damals lag ein Antrag auf Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts vor, in der Hauptsache damit begründet, daß dieses klare Mehrheiten schaffen und damit die politischen Entscheidungen erleichtern werde. Die Anhänger des Proportionalwahlsystems beriefen sich vor allem auf das demokratische Prinzip und wandten ein, daß das Mehrheitswahlrecht den Gleichheitsgrundsatz verletze. Der Parteitag war der Meinung, daß die Zeit für eine Entscheidung noch nicht reif sei; er überwies den Antrag an den Verfassungspolitischen Ausschuss beim Vorstand.

Der Parteitag von 1968 ruft viele Erinnerungen wach. Hundert Jahre Nürnberger SPD-Parteitage! Das ist eine bewundernswerte Tradition, die in der deutschen Parteiengeschichte ihresgleichen sucht.

GONG-Schläge in Paris

Ein bemerkenswerter Hochverratsprozeß
Jean Paul Sartre als Entlastungszeuge

Von Georg Scheuer, Paris

Mit sensationellen Freisprüchen endete dieser Tage der große Hochverratsprozeß gegen 19 Angehörige des GONG vor dem Pariser Staatsgerichtshof. Der sonore Titel ist die Abkürzung für "Groupe d'Organisation Nationale Guadeloupéen", die Geheimorganisation der Unabhängigkeitsbewegung auf Guadeloupe, eine der letzten Überseebesitzungen Frankreichs. Guadeloupe ist ebenso wie Martinique seit 1636 französische Kolonie und gilt seit 1946 als französisches Überseedepartement, ähnlich wie früher Algerien. Zur Inselkette der Antillen gehören bekanntlich auch Haiti und Kuba - das ist nicht nur ein geographischer, sondern auch ein politischer Hinweis.

"Hochverrat" und "Mordabsichten"

Die Anklage lautete auf Hochverrat und Mordvorbereitungen gegen General de Gaulle. Praktisch kam es nur zu Demonstrationen und Unruhen im Frühling 1967 auf Guadeloupe. Die Anklageschrift stützte sich aber auf ein Tonband, auf welches in einem Sitzungsprotokoll der Untergrundorganisation Umsturzabsichten festgehalten wurden. Höhepunkt des Prozesses waren die Aussagen des Entlastungszeugen Jean-Paul Sartre.

Der Staatsgerichtshof wurde vor einigen Jahren als Ausnahmegesicht speziell zur Aburteilung der rechtsradikalen OAS-Leute geschaffen und hatte bis jetzt nur nebenbei auch mit linksradikalen Gruppen, hauptsächlich mit Unabhängigkeitsbewegungen verurteilender Überseegebiete zu befassen. Bemerkenswert ist nun, daß die Richter diesmal den Anträgen des Staatsanwalts und auch der Meinung des gaullistischen Überseeministers General Bilotte keine Folge leisteten.

Präzedenzfall Algerien

Entscheidend hierfür scheint das algerische fait accompli zu sein. Auch Algerien galt bekanntlich - ebenso wie jetzt noch Guadeloupe und Martinique - laut geltender Verfassung als ein "Bestandteil Frankreichs".

Dennoch wurde es auf legalen Wege zum selbständigen Staat erklärt, allerdings erst nach einem siebenjährigen Krieg. General de Gaulle fand 1961 und 1962 einen "gesetzlichen" Ausweg, um dem Algerienkrieg ein Ende zu setzen und auf dem Wege von Volksabstimmungen in Frankreich und in Algerien die Straße zur staatlichen Unabhängigkeit des früheren Départements freizugeben. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen, auf den sich die Autonomisten in Guadeloupe und Martinique berufen.

Frankreichs Rechtsopposition bekämpfte de Gaulles Entscheidung als "Landesverrat" und "Verfassungsbruch". Der Staatsgerichtshof wurde gerade zu dem Zweck geschaffen, diese Rechtsopposition in ihren extremen Auswüchsen zu unterdrücken. - Man versteht nun das Dilemma, in

dem sich die Pariser Richter im GONG-Prozeß befanden: entweder Verurteilung der Autonomisten, die in Guadeloupe auf friedlichem Wege eine Entwicklung anstreben, die in Algerien nach blutigem Krieg durchgesetzt und seither auch allen früheren französischen Kolonien in Afrika gestattet wurde; somit nachträgliche Rehabilitierung der Männer der "Algérie Française" und der OAS, oder Bestätigung der seit 1962 eingeschlagenen Politik der Entkolonisierung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker des früheren französischen Empire und daher Freispruch der Autonomisten.

Konsequenzen

Der Staatsgerichtshof entschied sich nach wochenlangem Prozeß, dramatischen Debatten und gründlichen Beratungen für diesen letzteren Weg und folgt somit dem Gesetz, nach dem er vor einigen Jahren angetreten ist. Für die weitere Entwicklung der restlichen französischen Überseegebiete ergeben sich damit unvermeidliche und eindeutige Konsequenzen.

Wie lange noch Novotny ?

Zur jüngsten Entwicklung in der Tschechoslowakei

sp - Es scheint, die Tage Novotnys, des gestürzten Generalsekretärs der allmächtigen tschechoslowakischen KP und zur Ohnmacht verurteilten Staatspräsidenten sind gezählt. Die Entwicklung, die zu seinem endgültigen Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt drängt, hat an Kraft und Elementargewalt zugenommen; sie wurde nicht erst ausgelöst durch die Flucht des Generals Sejna nach den USA, eines Stalinisten, dem schlimme Dinge nachgesagt werden. Der Geflüchtete gehörte zu dem intimen Kreis Novotnys. Er wollte - so wird behauptet und ihm als Anklage unterschoben - seinerzeit den Sturz Novotnys als Generalsekretär und Parteivorsitzender mit Gewalt durch den Einsatz einer Panzerdivision verhindern. Das Unternehmen kam nicht zum Zuge, die entscheidenden Militärs, selbst Kommunisten, machten nicht mit. Diese Dinge und vieles mehr kommen in Rundfunk und Zeitungen in erstaunlichen Freimut zur Sprache, die wachsende Schar der Ankläger Novotnys nimmt kein Blatt vor den Mund. Die düstere und wohl finsterste Zeit des von Prag praktizierten Stalinismus, die Zeit der Slensky-Prozesse mit ihren abstoßenden Begleiterscheinungen wird in Erinnerung gerufen und auch die Rolle angedeutet, die Novotny als Altstalinist in jenen Jahren zukauf. Ein nicht minder schwebewichtiger Vorwurf ist der, unter Novotny und seiner Clique habe die CSSR schwere wirtschaftliche Rückschläge erlitten, sie habe es versäumt, als Industrieland den Anschluß an die moderne Zeit zu finden. Hinter diesen Worten verbirgt sich die Anklage, wenn auch unausgesprochen, unter Novotnys Führung sei Prag viel zu lange und zu seinem Schaden im Kielwasser der Sowjetunion geschwommen, zumindest, was die wirtschaftliche Seite angeht. - Offensichtlich drängen mächtige Kräfte nach einer Liberalisierung vor. oben nach unten und zum Öffnen der Tore, durch die frische Luft hereinströmen kann. Fraglich bleibt, ob die kommunistische Partei unter ihrer neuen Führung die Entwicklung unter Kontrolle halten kann.

Ein Bildungsplan für das Buch

Der Dialog von Goslar zwischen christlichen und sozialistischen
Buchschaaffenden führt in die gemeinsame Aktion

Von Wolfgang Tschechne

Zum zweiten Male sind christliche und sozialistische Buchhändler und Verleger zum Gespräch zusammengekommen: in der alten Stadt Goslar am Fuße der Harzberge trafen sie sich, um den großen Dialog, der im vergangenen Jahr im Schwarzwaldort Sulzburg eingeleitet worden war, fortzusetzen und zu vertiefen. War bei der ersten Begegnung der katholisch geprägte Verlag Herder (Freiburg) der aufmerksame Gastgeber, so konnte in Goslar die in Hannover beheimatete Gruppe der sozialistischen Verleger und Buchhändler zeigen, daß sie einen geistig und durchaus auch geistlich hochgespannten Dialog in den würdigen Rahmen zu stellen vermag.

Am dritten Tage der Goslarer Gespräche forderte ein Teilnehmer die aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengekommenen Buchschaaffenden heraus; man habe, so meinte er, sich nun intensiv genug gegenseitig Freundschaft angeboten und angenommen - jetzt wäre es wohl an der Zeit, auch einmal scharf die Gegensätze herauszuarbeiten. Die Aufforderung fand lebhaftes Echo; aber anders, als es der Sprecher erwartet haben mochte. Spontan nämlich wurde von allen Seiten festgestellt, daß so etwas nicht mehr zuwege gebracht werden könne, und ein Buchhändler aus dem katholischen Lager formulierte es bildhaft so: "Jeder von uns hat und braucht seine Beausugung, doch jeder weiß, daß er stets als geringsehener Gast ins Haus seines Nachbarn gehen kann - wo soll man da also noch von Gegensätzen sprechen?"

Die Szene ist bezeichnend für die Atmosphäre, in der das zweite Gespräch zwischen den engagierten Christen und den nicht minder engagierten Sozialisten aus dem natürlich ohnehin verbindenden Lager der Literatur stattfand. Allerdings darf die gute, ja zuweilen herzliche Freundschaft, die in den Schwarzwaldbergen geschlossen und nun im Harz bestätigt wurde, nicht darüber hinwegtäuschen, daß es doch auch Probleme gibt. Es sind Probleme, mit denen katholische, evangelische und sozialistische Buchhändler gemeinsam fertig werden wollen; die Begegnung von Goslar hatte sogar gerade deshalb ihren besonderen Sinn, weil sie auf solche die Gemeinsamkeit herausfordernden Aufgaben hinwies.

Goslar war der zweite Schritt. Hatte Sulzburg den Dialog zwischen christlichen und sozialistischen Buchschaaffenden eröffnet, indem es den Partnern die Gelegenheit bot, sich über das kritische Selbstverständnis hinaus dem anderen zuzuneigen, so bot das Zusammentreffen in der alten Kaiserstadt am Harz die Chance, die inzwischen festgefügte Freundschaft in gemeinsamer Aktion erproben zu können.

Folgendes geschah: In einem ebenso klugen wie klaren Vortrag hatte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Lohmar die "Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik der Zukunft" aufgezeigt, wobei er weder die Aufgaben verniedlichte noch die Lösungsmöglichkeiten unterschlug. Es genüge nicht, meinte er, daß politische Führungsgruppen den Vorrang der Bildungspolitik erkennen; als Folge solcher Einsicht müsse ein entschlossener Umbau der öffentlichen Haushalte erfolgen, und

zwar zugunsten der Bildungsaufgaben, wenn der Kreislauf, der von der Bildung her zu wirtschaftlichen Wandlungen führt, in Ordnung bleiben soll.

In der Diskussion kam zur Sprache, daß auch von maßgebenden Leuten die Funktion des Buches als Kommunikationsmittel einer mündigen Gesellschaft noch oft übersehen werde, daß auch Bildungspolitiker die Möglichkeiten nicht ausreichend erkennen, mit dem Buch eine Steigerung des schöpferischen Denkens zu erreichen. Es war der Fraktionskollege von Dr. Lohmar, der Bundestagsabgeordnete Joachim Raffert, der in Goslar darauf aufmerksam machte, daß selbst die moderne Pädagogik noch weit davon entfernt sei, die Menschen zur sinnvollen Nutzung des Instrumentariums Buch zu erziehen. Es sollte nahezu ein eigener Bildungsplan sein, mündige Menschen dazu zu befähigen, sich des Buches als Zivilisationsinstruments zu bedienen.

Der Funke zündete. Schnell entwickelte sich der Plan, das Problem direkt in den Bundestag hereinzutragen. Eine ausgewählte Gruppe christlicher und sozialistischer Buchhändler wird sich also demnächst mit Bundesabgeordneten treffen, um Situation und Funktion des Buches gemeinsam zu überdenken und um Wege zu suchen, der kommenden Bildungsgesellschaft das Buch als Mittel der komplexen Information, aber auch als Hilfe zur Selbstdarstellung und Selbstfindung des Menschen noch weitaus stärker als bisher nahezubringen.

Professor Dr. Friedrich Kienecker von der Pädagogischen Hochschule Paderborn könnte gerade in dieser Richtung das Bewußtsein erweitern, indem er die Wirkung literarischen Schaffens in der Gegenwart deutete: "Jedes Stück Dichtung ist ein gestalteter Ordnungsentwurf mit der Aufforderung an den Leser, sich selbst zu finden." Der Katholik Kienecker schloß: "Eine sich so verstehende Verantwortung für den Menschen ist kein bischöfliches Privileg, sondern ist gemeinsame Aufgabe der neuen Gesellschaft, wobei sich orthodoxe Katholiken und engagierte Marxisten auf demselben Wege zur selben Wahrheit wissen."

Eine überzeugende Bestätigung der Gemeinsamkeiten brachte auch Bundesminister Dr. Dr. Gustav Heinemann in die Goslarer Gespräche ein, als er den demokratischen Rechtsstaat als theologisches Problem formulierte. Die Würdigung des Menschen von Gott her und der vom Humanismus geprägte Begriff der Menschenwürde seien gemeinsames Fundament christlichen und sozialistischen Mühens.

Der hannoversche Verleger Gustav Soknidt-Küster, Vorsitzender der sozialistischen Gruppe und Gastgeber, konnte jedenfalls in seinem Schlußwort mit unverkennbarer Freude nicht nur auf die allseits gefestigte und festgestellte Gemeinsamkeit hinweisen, sondern mit besonderem Stolz darauf, daß aus dem Zueinander hoffentlich nun die gemeinsame Aktion erwachsen werde.

Es ist die gemeinsame Aktion für das Buch, und es spricht für den Schwung, der von Goslar ausgeht, daß die kommende Zusammenkunft christlicher und sozialistischer Buchschaffender in Bonn stattfinden wird. Im Vorfeld der Politik, die, um nochmals Ulrich Lohmar zu zitieren, in ihrer Infrastruktur immer stärker durch die Bildung bestimmt wird. Und da gehört das Buch dazu.